



# PIRATENGRUPPE

IM RAT DER STADT KÖLN

An den  
Vorsitzenden des Rates

Herrn Oberbürgermeister  
Jürgen Roters

Rathaus  
50667 Köln

**Thomas Hegenbarth**

**Lisa Gerlach**

Rathaus - Spanischer Bau

50667 Köln

Tel.: +49 (221) 221 - 25541

Mail: Thomas.Hegenbarth@stadt-koeln.de

Mail: Lisa.Gerlach@stadt-koeln.de

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 02.12.2014

**AN/1740/2014**

**Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	16.12.2014

**Resolution des Kölner Rates zu den Handelsabkommen TTIP, CETA und TiSA**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung am 16.12.2014 zu setzen:

**Beschluss:**

**Resolution:**

1. Der Rat der Stadt Köln unterstützt ausdrücklich das gemeinsame Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen des Deutschen Städtetags, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Verbandes kommunaler Unternehmen e. V. (VKU) vom Oktober 2014.[1] Die Bedenken aus dem Positionspapier, dass die derzeit verhandelten Abkommen TTIP, CETA und TiSA eine Gefahr für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge darstellen, werden von der Stadt Köln geteilt.
2. Dies gilt für alle sechs Punkte aus dem Positionspapier:
  - Negative Auswirkungen auf die Organisationshoheit über die kommunale Daseinsvorsorge, das öffentliche Beschaffungswesen, den Dienstleistungssektor und die kommunale Selbstverwaltung durch TTIP sollen verhindert werden. Daher schlagen die kommunalen Spitzenverbände und der VKU vor, dass nicht-liberalisierte Bereiche der Daseinsvorsorge in einer eventuellen Positivliste nicht

- erwähnt werden. Sollte es stattdessen Negativlisten geben, so sollen die nicht-liberalisierten Bereiche ausdrücklich von der Anwendung ausgenommen und auch sogenannte Stillstands- und Ratchetklauseln ausgeschlossen werden.
- Regelungen zum öffentlichen Beschaffungswesen und Wettbewerbsrecht in den Handelsabkommen dürfen nicht hinter dem reformierten europäischen Vergaberecht zurückbleiben.
  - Auf die speziellen Investitionsschutzregelungen soll verzichtet werden, denn sie bergen die Gefahr, dass Entscheidungen der Stadträte im Vorfeld beeinflusst werden.
  - Die national und europaweit geltenden Schutzstandards, insbesondere in den Bereichen Umwelt und Verbraucherschutz, dürfen auf keinen Fall reduziert werden.
  - In weitere Verhandlungen über Freihandelsabkommen müssen relevante Gruppen eingebunden werden, deshalb sollten die Kommunen zukünftig an der Entscheidungsfindung beteiligt werden. Über den Verhandlungsstand sollen die Kommunen informiert werden.
  - Auch in die Verhandlungen über das Abkommen TiSA soll die betroffene Öffentlichkeit eingebunden werden. Des Weiteren soll hier ein Positivlistenansatz verfolgt und das geltende Vergaberecht gewahrt werden.
3. Die Annahme dieser Verträge würde massiv in die kommunale Selbstverwaltung und Gestaltungshoheit eingreifen. Die Stadt Köln begrüßt daher die im Positionspapier zum Ausdruck gebrachte Ablehnung von TTIP, CETA und TiSA in ihren derzeit bekannten Formen. Um den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge weiterhin zu garantieren, appelliert der Rat der Stadt Köln an die Mandatsträger im Europäischen Parlament, im Bund und im Land NRW, den Abkommen in der jetzigen Form nicht zuzustimmen und für die Umsetzung der Empfehlungen des Positionspapiers zu sorgen.
4. Der Oberbürgermeister der Stadt Köln wird gebeten, im Namen der Stadt Köln die Haltung des Stadtrats zum Positionspapier gegenüber Mandatsträgern, der Bundeskanzlerin und dem Bundeswirtschaftsministerium zum Ausdruck zu bringen sowie der Öffentlichkeit bekanntzugeben und zu vertreten.

### **Begründung:**

Zurzeit finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit Verhandlungen zwischen der EU, Kanada und den USA über verschiedene transatlantische Abkommen statt. So soll mit der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) eine der größten Freihandelszonen der Welt geschaffen werden. Kurz vor der Verabschiedung steht auch das Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA), das als Blaupause für TTIP gilt. Zudem gibt es das Trade in Services Agreement (TiSA), das Handelshemmnisse im Dienstleistungssektor beseitigen möchte. Alle drei Handelsabkommen verfolgen das Ziel, durch umfassende Liberalisierung das Wirtschaftswachstum in den Teilnehmerstaaten zu beleben, die Arbeitslosigkeit zu senken und das Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer zu erhöhen.

Besonders kritikwürdig ist u. a., dass nicht einmal die EU-Abgeordneten Zugriff auf die Dokumente und Zugang zu den Verhandlungen haben. Städte und Gemeinde, die direkt von der Umsetzung der Abkommen betroffen wären, sind überhaupt nicht in die Verhandlungen eingebunden.

Die kommunalen Spitzenverbände und viele weitere Kritiker weisen deshalb auf die erheblichen Risiken für die Kommunen hin, die der Abschluss dieser Freihandelsabkommen mit sich bringen würde. TTIP und CETA sehen u.a. ein Sonderklagerecht für internationale Kon-

zerne vor. Die Klagen der Konzerne sollen vor privaten Schiedsgerichten ausgehandelt werden und auch Beschlüsse des Kölner Rates, die die Gewinnerwartung eines Konzerns betreffen, könnten so vor privaten Schiedsgerichten landen. So könnten kommunale Dienstleistungen wie die Wasser- und Abfallentsorgung sowie der ÖPNV, staatliche bezuschusste Kultureinrichtungen, Gesundheitswesen usw. betroffen sein.  
Weitere Begründung erfolgt mündlich.

gez.  
Thomas Hegenbarth

gez.  
Lisa Hanna Gerlach

[1]  
([http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/internet/fachinformationen/2013/pp\\_ttip\\_20141001.pdf](http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/internet/fachinformationen/2013/pp_ttip_20141001.pdf))